



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 15.11.2013
C(2013) 8002 final

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

vom 15.11.2013

zur Übersicht über die Haushaltsplanung ESTLANDS

{SWD(2013) 602 final}

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

vom 15.11.2013

zur Übersicht über die Haushaltsplanung ESTLANDS

ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN

1. Die Verordnung (EU) Nr. 473/2013 enthält Bestimmungen, mit denen die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet verstärkt überwacht und sichergestellt werden soll, dass die nationalen Haushaltspläne mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien vereinbar sind, die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) und des Europäischen Semesters für die wirtschaftspolitische Koordinierung veröffentlicht wurden.
2. Nach Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 haben die Mitgliedstaaten der Kommission und der Euro-Gruppe alljährlich bis zum 15. Oktober eine Übersicht über die Haushaltsplanung für das Folgejahr mit den wichtigsten Aspekten der Haushaltslage des Sektors Staat und seiner Teilsektoren vorzulegen.

ERWÄGUNGEN ZU ESTLAND

3. Auf der Grundlage der am 15. Oktober 2013 von Estland übermittelten Übersicht über die Haushaltsplanung für 2014 hat die Kommission in Einklang mit Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 folgende Stellungnahme abgegeben.
4. Estland unterliegt der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts und sollte eine solide Haushaltslage wahren, die die Einhaltung des mittelfristigen Ziels sicherstellt.
5. Die in der Übersicht über die Haushaltsplanung enthaltenen wirtschaftlichen Projektionen stimmen im Großen und Ganzen mit der Herbstprognose 2013 der Kommission überein, sehen jedoch ein höheres reales BIP-Wachstum für 2014 (3,6 % gegenüber 3,0 %) vor, wobei die Differenz beim nominalen BIP-Wachstum weniger markant ist (6,8 % gegenüber 6,5 % für 2014). Die in der Übersicht über die Haushaltsplanung für 2013 abgegebene Prognose liegt gegenüber dem im Frühjahr 2013 vorgelegten Stabilitätsprogramm nur noch halb so hoch, was dem schlechter als erwartet ausgefallenen Ergebnis des ersten Halbjahrs 2013 zuzuschreiben ist. Unverändert geblieben ist in der Übersicht über die Haushaltsplanung hingegen die Prognose für das reale BIP-Wachstum im Jahr 2014. Die zunehmenden Spannungen am Arbeitsmarkt können jedoch zu einem noch höheren Lohnwachstum führen als in der Prognose der Kommission erwartet und bergen damit ein Abwärtsrisiko für das in der Übersicht über die Haushaltsplanung skizzierte makroökonomische Szenario.
6. Die makroökonomische Prognose, die der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrunde liegt, wurde von der finanzpolitischen Abteilung im estnischen Finanzministerium erstellt. Zwar gehört das Personal, das die Prognose ausgearbeitet hat, dem Ministerium an und die Prognose wurde nicht von einer unabhängigen Einrichtung unterstützt, doch dank der Transparenz des Prognoseverfahrens, an dem im Rahmen von Seminaren auch unabhängige Konjunkturoperatoren beteiligt sind, ist für Objektivität gesorgt. Ab 2014 soll die estnische Zentralbank die Funktion des unabhängigen Finanzpolitischen Beirats

(Fiscal Council) übernehmen und u. a. für die Unterstützung der makroökonomischen Prognosen des estnischen Finanzministeriums zuständig sein.

7. Der Übersicht über die Haushaltsplanung zufolge wird sich das gesamtstaatliche Defizit 2013 auf 0,6 % des BIP erhöhen und damit geringfügig über den im Stabilitätsprogramm angestrebten 0,5 % liegen. Das höher als erwartet ausfallende Defizit dürfte hauptsächlich auf den in der Übersicht über die Haushaltsplanung genannten Beschluss zurückzuführen sein, die Dividendenausschüttungen staatlicher Unternehmen im Jahr 2013 zu reduzieren und 2014 und 2015 zusätzliche Dividendenausschüttungen vorzunehmen. In der Übersicht über die Haushaltsplanung wird für 2014 ein Defizitziel von 0,4 % des BIP genannt, was verglichen mit dem im Stabilitätsprogramm angestrebten nominal ausgeglichenen Haushalt einer schlechteren Haushaltsposition entspricht. Diese Anpassung resultiert aus einer Reihe von Faktoren, darunter nicht nur die schwächere Ausgangsbasis und der Aufschub einmaliger Investitionen des Jahres 2013, sondern auch der nun höher als zuvor eingeschätzte Anstieg der laufenden Ausgaben im Jahr 2014, wobei die einnahmensteigernden Maßnahmen teilweise für einen Ausgleich sorgen dürften.
8. Die Kommission geht verglichen mit der Übersicht über die Haushaltsplanung von einem etwas geringeren Gesamtdefizit für 2013 und 2014 aus (0,4 % bzw. 0,1 % des BIP), da unter anderem eine stetigere Entwicklung der öffentlichen Investitionen prognostiziert wird. Die Risiken für das haushaltspolitische Ziel für 2014 scheinen sich insgesamt die Waage zu halten: Die Kommission nennt in ihrer Prognose einige Aufwärtsrisiken, aber das in der Übersicht über die Haushaltsplanung beschriebene makroökonomische Szenario birgt auch gewisse Abwärtsrisiken.
9. Die Schuldenquote wird im Zeitraum 2013-2014 bei 10 % des BIP bleiben. Hier weichen die Übersicht über die Haushaltsplanung, das Stabilitätsprogramm und die Prognose der Kommission nur geringfügig voneinander ab. Die Risiken für die Schuldenstandsprojektionen sind angesichts des nahezu ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts gering.
10. Per Saldo erhöhen die in der Übersicht über die Haushaltsplanung beschriebenen Maßnahmen das Defizit im Jahr 2013 um 0,4 % des BIP (worin sich der oben genannte Aufschub von Dividendenzahlungen widerspiegelt) und senken es im Jahr 2014 um 0,7 % des BIP. Der Hauptschwerpunkt liegt auf einnahmenseitigen Maßnahmen. Um sicherzustellen, dass die steuererhöhenden Maßnahmen die erwartete Wirkung erzielen, ist es wichtig, dass die Steuer- und Zollverwaltung eine adäquate Kontrolle ausübt.
11. Nachdem das mittelfristige Ziel 2012 eingehalten wurde, wird davon ausgegangen, dass sich der (neu berechnete) strukturelle Haushaltssaldo¹ 2013 verschlechtern wird: der Übersicht über die Haushaltsplanung zufolge um 0,5 Prozentpunkte und der Herbstprognose 2013 der Kommission zufolge um 0,4 Prozentpunkte des BIP. Die Wachstumsrate der Staatsausgaben ohne Anrechnung diskretionärer Maßnahmen wird nach der Prognose der Kommission im Jahr 2013 über die mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums (2,3 %) hinausgehen und dadurch den strukturellen Haushaltssaldo negativ beeinflussen. Diese Überschreitung der mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums dürfte zu einer

¹ Konjunkturbereinigter Saldo ohne Anrechnung einmaliger und befristeter Maßnahmen laut Neuberechnung der Kommissionsdienststellen anhand der in der Übersicht über die Haushaltsplanung enthaltenen Daten nach der gemeinsamen Methodik.

Verschlechterung des strukturellen Haushaltssaldos um mehr als 0,5 Prozentpunkte des BIP beitragen und ist damit erheblich.

12. 2014 wird der (neu berechnete) strukturelle Saldo sowohl nach der Übersicht über die Haushaltsplanung als auch nach der Prognose der Kommission dem mittelfristigen Ziel wieder entsprechen. Die Wachstumsrate der Staatsausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen liegt über 0,9 %, der unteren Rate des Ausgabenrichtwerts, und dürfte daher nicht zu einer jährlichen strukturellen Anpassung um 0,5 % des BIP in Richtung auf das mittelfristige Ziel beitragen. Allerdings ist die Abweichung gering und dürfte die Einhaltung des mittelfristigen Ziels im Jahr 2014 nicht gefährden, da darin vor allem die Volatilität der öffentlichen Investitionen und die zurückgehende Nutzung von EU-Mitteln nach Ende des Programmzeitraums 2007-2013 zum Ausdruck kommen. Insgesamt scheint der Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel im Jahr 2014 angemessen zu sein und den Anforderungen der präventiven Komponente des SWP zu genügen.
13. Estland hat gewisse Fortschritte in Bezug auf die im Kontext des Europäischen Semesters 2013 abgegebenen Empfehlungen zu einer weiteren Stärkung des Haushaltsrahmens erzielt. Es wird davon ausgegangen, dass die Anforderung eines (strukturell) ausgeglichenen Haushalts bis Ende 2013 eingeführt wird. Allerdings sind nur begrenzte Fortschritte bei der Einführung verbindlicherer Ausgabenobergrenzen im mittelfristigen Haushaltsrahmen und/oder der Einführung mehrjähriger Ausgabenziele zu verzeichnen.
14. In einem eigenen Abschnitt der Übersicht über die Haushaltsplanung wird ausdrücklich auf jede einzelne strukturelle länderspezifische Empfehlung eingegangen, die der Rat im Kontext des Europäischen Semesters 2013 abgegeben hat; dabei werden Einzelheiten zu einer Reihe von unmittelbar relevanten, aus dem Haushalt 2014 zu finanzierenden Maßnahmen genannt. Einige der Maßnahmen zielen darauf ab, stärkere Arbeitsanreize zu schaffen und für wirksamere Sozialleistungen zu sorgen, die Qualität der Systeme für allgemeine und berufliche Bildung zu verbessern, die geringe Energieeffizienz in der Wirtschaft anzugehen und den Zugang zu lokalen Dienstleistungen von hoher Qualität zu fördern. Die geplante Begrenzung der Mehrwertsteuerbefreiung für Firmenwagen wird in der Übersicht über die Haushaltsplanung zwar nicht hervorgehoben, könnte jedoch einen gewissen Beitrag zur Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Steigerung der Energieeffizienz im Verkehr und zur Verbesserung der umweltpolitischen Anreize für Kraftfahrzeuge leisten.

15. Alles in allem ist die Kommission auf der Grundlage ihrer Herbstprognose 2013 der Ansicht, dass die am 15. Oktober von Estland übermittelte Übersicht über die Haushaltsplanung die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllt. Insbesondere dürfte Estland, wie die Herbstprognose 2013 der Kommission bestätigt, sein mittelfristiges Ziel weiter einhalten. Die Kommission vertritt darüber hinaus die Auffassung, dass Estland gewisse Fortschritte in Bezug auf den strukturellen Teil der vom Rat im Kontext des Europäischen Semesters abgegebenen Empfehlungen für den Bereich der öffentlichen Finanzen erzielt hat, und fordert die Behörden zu weiteren Fortschritten auf.

Brüssel, den 15.11.2013

Für die Kommission
Olli REHN
Vizepräsident